

Katharina Blum  
Fette Bruch Straße 12B  
Menden

LG Arnsberg  
Präsident i.V Herr Maus  
Geschäftsführer Herr Dohle

23.07.2019

sofort auf den Tisch

---

## **Katharina Blum EILANTRAG Einstweilige Anordnung**

Um Ihnen die Suche nach den juristischen Fehlern allein des AG Menden und des LG Arnsberg einfach zu machen in dem inzwischen riesigen Schriftverkehr übersende ich 3 Dokumente noch einmal zu, in denen klar und unumstößlich alles belegt und erkennbar ist.

Es bestand keine behauptete Forderung, weder der Stadt Menden in Höhe der 1.081,98 Euro noch von der Deutschen Bank über 100 TEuro.

Diese 1.081,98 Euro waren längst nachweislich bezahlt mit Quittung und Bestätigung des Zahlungseinganges.

Eine andere fällige Forderung der Gemeinde Menden lag mir nicht vor, wenn das der Fall gewesen wäre, so blöd wäre ich nicht gewesen diese nicht zu bezahlen.

Es war keine vollstreckbare Forderung der Gemeinde offen !

Im Gegenteil habe ich ein Guthaben für überzahlte Grundsteuer dort.

Schlimmer bei Deutsche Bank Forderung, diese behaupteten 100 TEur existierten nicht, die Schuldsomme bei der Deutschen Bank ist durch den Gläubiger der Deutschen Bank mit Urkunde belegt beglichen, zusätzlich waren 215 TEur Sicherheiten beurkundet und als Sicherheit hinterlegt. Die Urkunden waren zugestellt.

Das hatte auch das AG Menden erkannt und im Teilungsbeschluss mich selbst, also Katharina Blum als begünstigte des Ersteigerungserlöses festgelegt.

Ein recht absurder Vorgang.

Mir wird das Haus versteigert und ich bekomme das Versteigerungserlös ?

Es fällt einem Deppen auf das hier alles auf Unrecht abläuft.

Ich erwarte die Einstweilige Anordnung zur Rückführung in den Zustand vor dem 8.7.2019 noch heute.

Und ich erkläre, dass ich jede Instanz weiter gehen werde und jede Öffentlichkeit auch international herstellen werde um in meinem Fall Recht und Gesetz einzufordern.

gez. blum katharina

Abgesehen



*zugestellt 12.4.19*

-I-5- Landgericht Arnsberg, Brückenplatz 7, 59821 Arnsberg

08.04.2019

Seite 1 von 1

Frau  
Katharina Blum  
Fette-Bruch-Straße 12 b  
58708 Menden

Aktenzeichen  
**I-5 T 34/19**  
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter  
Frau Jellentrup  
Durchwahl  
0 29 31 / 86-319

Sehr geehrte Frau Blum,

in Sachen

Zwangsversteigerung Blum

erhalten Sie auf Anordnung des Gerichts die Anlage(n) zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

Jellentrup

Justizhauptsekretärin

- automatisiert erstellt, ohne Unterschrift gültig -

Anschrift  
Brückenplatz 7  
59821 Arnsberg  
Sprechzeiten

Montag - Donnerstag von 08:30  
Uhr bis 12:00 Uhr sowie 13:00  
Uhr bis 15:30 Uhr, Freitag von  
08:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie  
13:00 Uhr bis 14:30 Uhr

Telefon  
02931-861

Telefax:  
0 29 31 / 86 - 210

Nachbriefkasten: Brückenplatz  
7, 59821 Arnsberg  
Konten der Zahlstelle Arnsberg:  
Postbank IBAN DE76 4401 0046  
00000064 67

Schalterstunden: Montags -  
Freitags 08:00 Uhr bis 12:00  
Uhr, Donnerstags von 14:00 Uhr  
bis 15:00 Uhr

Verkehrsanbindung: Buslinie ab  
Bahnhof Arnsberg R 21, R 22, R  
71, C 1 bis Haltestellen  
Brückenplatz, Europaplatz



## Beglaubigte Abschrift

I-5 T 34/19  
2 K 29/17  
Amtsgericht Menden  
(Sauerland)



## Landgericht Arnsberg

### Beschluss

In dem Verfahren zur Zwangsversteigerung  
eines Grundstücks in Menden-Halingen

Grundbuchbezeichnung:

Grundbuch von Halingen Blatt 712

Gemarkung Halingen Flur 7 Flurstück 799,

Gebäude- und Freifläche, Fette-Bruch-Straße 12 b, 276 qm

Eigentümer:

Katharina Blum

Beteiligte im Beschwerdeverfahren:

- 1.) Frau Katharina Blum, Fette-Bruch-Straße 12 b, 58708 Menden,  
Beschwerdeführerin und Schuldnerin,
- 2.) Stadt Menden, Neumarkt 5, 58706 Menden,  
Gläubigerin,
- 3.) DB Privat- und Firmenkundenbank AG, Theodor-Heuss-Str. 3, 70174 Stuttgart,  
Gläubigerin,
- 4.) Frau Tatjana Ilic, Am Waldesrand 64, 58093 Hagen,  
Ersteherin,



hat das Landgericht Arnsberg - 5. Zivilkammer - Arnsberg  
am 08.04.2019  
durch die Richterin am Landgericht Jäger als Einzelrichterin

**beschlossen:**

Die sofortige Beschwerde der Schuldnerin vom 06.02.2019 gegen den  
Zuschlagsbeschluss des Amtsgerichts Menden vom 21.01.2019 (002 K  
029/17) wird zurückgewiesen.

Beschwerdewert: 159.000,00 €

**Gründe:**

I.

Die Schuldnerin ist als Eigentümerin des Grundstücks in Menden, Grundbuch von  
Halingen, Blatt 712, Gemarkung Halingen, Flur 7, Flurstück 799, Gebäude und  
Freifläche, Fette-Bruch-Straße 12b, 58708 Menden im Grundbuch eingetragen.

Die Beteiligte zu 2), die Stadt Menden, betreibt gegen die Schuldnerin die  
Zwangsvollstreckung wegen folgender Forderungen:

Grundsteuer B für die Zeit vom 15.08.2016 – 15.11.2017	258,72 EUR
Kanalbenutzungsgebühr vom 15.08.2016 – 15.11.2017	584,86 EUR
Abfallbeseitigungsgebühren vom 15.08.2016 – 15.11.2017	178,40 EUR
Säumniszuschlägen	25,00 EUR
Mahngebühren und Vollstreckungskosten	<u>35,- EUR</u>
Summe	1.081,98 EUR

Mit Schreiben vom 06.12.2017 hat die Beteiligte zu 2) die Vollstreckbarkeit der  
vorgenannten Forderungen bescheinigt und die Anordnung der Zwangsversteigerung  
des Grundstücks der Schuldnerin beantragt. Mit Beschluss vom 13.12.2017 hat das  
Amtsgericht Menden antragsgemäß die Zwangsversteigerung angeordnet.  
Auf Antrag der Beteiligten zu 3) hat das Amtsgericht den Beitritt der Beteiligten zu 3)  
wegen eines dinglichen Anspruchs auf 100.000,00 € nebst 15 % Zinsen seit dem  
01.01.2015 aus der Grundschuld III/3 und wegen der Kosten der dinglichen  
Rechtsverfolgung aufgrund der vollstreckbaren Ausfertigung der notariellen Urkunde  
des Notars Schmöle vom 11.07.2013 zugelassen.



Anträge der Schuldnerin auf Einstellung der Zwangsvollstreckung wurden mehrfach abschlägig beschieden.

Mit Beschluss vom 19.11.2019 hat das Amtsgericht Versteigerungstermin bestimmt auf den 21.01.2019, 10 Uhr. In dem Termin hat die Schuldnerin ein Schreiben vom selben Tag übergeben mit einer anliegenden Urkunde, welches als Anlage zu Protokoll genommen wurde. Verfahrensrelevante Anträge sah die Rechtspflegerin im Termin nicht.

Nach Durchführung des Termins hat das Amtsgericht mit Beschluss vom 21.01.2019 der Beteiligten zu 4) den Zuschlag erteilt.

Gegen diesen Beschluss hat die Schuldnerin am 06.02.2019 sofortige Beschwerde eingelegt mit der Begründung, das Zwangsversteigerungsverfahren sei grob rechtsmissbräuchlich geführt worden und ihr im Termin überreichtes Schreiben sei nicht berücksichtigt und bekannt gemacht worden. Eine weitere Begründung der Beschwerde erfolgte mit Schreiben vom 01.03.2019. Es sei nicht berücksichtigt worden, dass sie im Termin Unterlagen vorgelegt habe, aus denen sich ergebe, dass sie nicht mehr Eigentümerin des Grundstücks sei. Damit sei ein rechtlicher Mangel des Grundstücks für die Bieter gegeben. Durch die Durchführung des Termins seien verschiedene Straftatbestände erfüllt worden.

Das Amtsgericht hat der sofortigen Beschwerde nicht abgeholfen und die Sache zur Entscheidung dem Landgericht Arnsberg – Beschwerdekammer – zur Entscheidung vorgelegt.

## II.

Die gem. §§ 95, ZVG, 793, 567 Abs. 1 Nr. 1 ZPO statthafte sofortige Beschwerde der Schuldnerin hat in der Sache keinen Erfolg.

Ein Zuschlagsversagungsgrund nach § 100 Abs. 1, 83 Nr. 6 ZVG liegt nicht vor, das Vollstreckungsgericht hat zu Recht der Beteiligten zu 4) den Zuschlag erteilt.

Die Zwangsversteigerung oder die Fortsetzung des Verfahrens waren nicht unzulässig. Dies hat die Kammer bereits in ihrem Beschluss der Kammer vom 04.07.2018 ausgeführt, auf den Bezug genommen wird. Durch das im Termin am



21.01.2019 überreichte Schreiben nebst Urkunde vom 10.01.2019 ergibt sich nichts anderes. Die Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen sind weiterhin gegeben. Soweit die Schuldnerin unter Hinweis auf die Urkunde vom 10.01.2019 darauf verweist, sie sei nicht mehr Eigentümerin des Grundstücks, ergibt sich die Eigentümerstellung der Schuldnerin aus den vorliegenden Grundbuchauszügen vom 28.12.2017. Die Zwangsversteigerung wurde am 13.12.2017 angeordnet, womit auch die Beschlagnahme des Versteigerungsobjektes verbunden ist, § 20 ZVG. Die Beschlagnahme hat gem. § 23 ZVG die Wirkung eines Veräußerungsverbotes. Der Zwangsversteigerungsvermerk wurde am 28.12.2017 eingetragen. Die Schuldnerin konnte das Grundstück danach nicht mehr wirksam veräußern.

Die von der Schuldnerin vorgelegten Unterlagen sind auch nicht geeignet, ein Vollstreckungshindernis gem. §§ 774, 775 ZPO hinsichtlich der von den Gläubigern geltend gemachten Ansprüche zu begründen.

### III.

Eine Kostenentscheidung ist nicht veranlasst. Der Anwendung der §§ 91 ff. ZPO steht entgegen, dass sich die Beteiligten bei der Zuschlagsbeschwerde in der Regel nicht als Parteien im Sinne der Zivilprozessordnung gegenüberstehen (BGH, Beschluss vom 14.07.2011, V ZB 25/11, NJW-RR 2011, 1434).

Die Festsetzung des Geschäftswerts beruht auf § 47 Abs. 1 S. 1, § 54 Abs. 2 S. 1 GKG.

Die Zulassung der Rechtsbeschwerde gem. § 574 ZPO war nicht veranlasst.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Ein Rechtsmittel gegen diesen Beschluss ist nicht gegeben. Die Entscheidung ist rechtskräftig.



Jäger

Beglaubigt

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

Landgericht Arnsberg





## Abschrift

I-5 T 34/19  
2 K 29/17  
Amtsgericht Menden  
(Sauerland)



## Landgericht Arnsberg

## Beschluss

In dem Verfahren zur Zwangsversteigerung  
eines Grundstücks in Menden-Halingen

### Grundbuchbezeichnung:

Grundbuch von Halingen Blatt 712  
Gemarkung Halingen Flur 7 Flurstück 799,  
Gebäude- und Freifläche, Fette-Bruch-Straße 12 b, 276 qm  
Eigentümer:  
Katharina Blum

### Beteiligte im Beschwerdeverfahren:

- 1.) Frau Katharina Blum, Fette-Bruch-Straße 12 b, 58708 Menden,  
Beschwerdeführerin und Schuldnerin,
- 2.) Stadt Menden, Neumarkt 5, 58706 Menden,  
Gläubigerin,
- 3.) DB Privat- und Firmenkundenbank AG, Theodor-Heuss-Str. 3, 70174 Stuttgart,  
Gläubigerin,
- 4.) Frau Tatjana Ilic, Am Waldesrand 64, 58093 Hagen,  
Ersteherin,



hat das Landgericht Arnsberg - 5. Zivilkammer - Arnsberg

am 08.04.2019

durch die Richterin am Landgericht Jäger als Einzelrichterin

**beschlossen:**

Die sofortige Beschwerde der Schuldnerin vom 06.02.2019 gegen den Zuschlagsbeschluss des Amtsgerichts Menden vom 21.01.2019 (002 K 029/17) wird zurückgewiesen.

Beschwerdewert: 159.000,00 €

**Gründe:**

I.

Die Schuldnerin ist als Eigentümerin des Grundstücks in Menden, Grundbuch von Haltingen, Blatt 712, Gemarkung Haltingen, Flur 7, Flurstück 799, Gebäude und Freifläche, Fette-Bruch-Straße 12b, 58708 Menden im Grundbuch eingetragen.

Die Beteiligten zu 2), die Stadt Menden, betreibt gegen die Schuldnerin die Zwangsvollstreckung wegen folgender Forderungen:

Grundsteuer B für die Zeit vom 15.08.2016 – 15.11.2017	258,72 EUR
Kanalbenutzungsgebühr vom 15.08.2016 – 15.11.2017	584,86 EUR
Abfallbeseitigungsgebühren vom 15.08.2016 – 15.11.2017	178,40 EUR
Säumniszuschlägen	25,00 EUR
Mahngebühren und Vollstreckungskosten	<u>35,- EUR</u>
Summe	1.081,98 EUR

Mit Schreiben vom 06.12.2017 hat die Beteiligte zu 2) die Vollstreckbarkeit der vorgenannten Forderungen bescheinigt und die Anordnung der Zwangsversteigerung des Grundstücks der Schuldnerin beantragt. Mit Beschluss vom 13.12.2017 hat das Amtsgericht Menden antragsgemäß die Zwangsversteigerung angeordnet. Auf Antrag der Beteiligten zu 3) hat das Amtsgericht den Beitritt der Beteiligten zu 3) wegen eines dinglichen Anspruchs auf 100.000,00 € nebst 15 % Zinsen seit dem 01.01.2015 aus der Grundsuld III/3 und wegen der Kosten der dinglichen Rechtsverfolgung aufgrund der vollstreckbaren Ausfertigung der notariellen Urkunde des Notars Schmöle vom 11.07.2013 zugelassen.



Anträge der Schuldnerin auf Einstellung der Zwangsvollstreckung wurden mehrfach abschlägig beschieden.

Mit Beschluss vom 19.11.2019 hat das Amtsgericht Versteigerungstermin bestimmt auf den 21.01.2019, 10 Uhr. In dem Termin hat die Schuldnerin ein Schreiben vom selben Tag übergeben mit einer anliegenden Urkunde, welches als Anlage zu Protokoll genommen wurde. Verfahrensrelevante Anträge sah die Rechtspflegerin im Termin nicht.

Nach Durchführung des Termins hat das Amtsgericht mit Beschluss vom 21.01.2019 der Beteiligten zu 4) den Zuschlag erteilt.

Gegen diesen Beschluss hat die Schuldnerin am 06.02.2019 sofortige Beschwerde eingelegt mit der Begründung, das Zwangsversteigerungsverfahren sei grob rechtsmissbräuchlich geführt worden und ihr im Termin überreichtes Schreiben sei nicht berücksichtigt und bekannt gemacht worden. Eine weitere Begründung der Beschwerde erfolgte mit Schreiben vom 01.03.2019. Es sei nicht berücksichtigt worden, dass sie im Termin Unterlagen vorgelegt habe, aus denen sich ergebe, dass sie nicht mehr Eigentümerin des Grundstücks sei. Damit sei ein rechtlicher Mangel des Grundstücks für die Bieter gegeben. Durch die Durchführung des Termins seien verschiedene Straftatbestände erfüllt worden.

Das Amtsgericht hat der sofortigen Beschwerde nicht abgeholfen und die Sache zur Entscheidung dem Landgericht Arnsberg – Beschwerdekammer – zur Entscheidung vorgelegt.

## II.

Die gem. §§ 95, ZVG, 793, 567 Abs. 1 Nr. 1 ZPO statthafte sofortige Beschwerde der Schuldnerin hat in der Sache keinen Erfolg.

Ein Zuschlagsversagungsgrund nach § 100 Abs. 1, 83 Nr. 6 ZVG liegt nicht vor, das Vollstreckungsgericht hat zu Recht der Beteiligten zu 4) den Zuschlag erteilt.

Die Zwangsversteigerung oder die Fortsetzung des Verfahrens waren nicht unzulässig. Dies hat die Kammer bereits in ihrem Beschluss der Kammer vom 04.07.2018 ausgeführt, auf den Bezug genommen wird. Durch das im Termin am



21.01.2019 überreichte Schreiben nebst Urkunde vom 10.01.2019 ergibt sich nichts anderes. Die Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen sind weiterhin gegeben. Soweit die Schuldnerin unter Hinweis auf die Urkunde vom 10.01.2019 darauf verweist, sie sei nicht mehr Eigentümerin des Grundstücks, ergibt sich die Eigentümerstellung der Schuldnerin aus den vorliegenden Grundbuchauszügen vom 28.12.2017. Die Zwangsversteigerung wurde am 13.12.2017 angeordnet, womit auch die Beschlagnahme des Versteigerungsobjektes verbunden ist, § 20 ZVG. Die Beschlagnahme hat gem. § 23 ZVG die Wirkung eines Veräußerungsverbotes. Der Zwangsversteigerungsvermerk wurde am 28.12.2017 eingetragen. Die Schuldnerin konnte das Grundstück danach nicht mehr wirksam veräußern.

Die von der Schuldnerin vorgelegten Unterlagen sind auch nicht geeignet, ein Vollstreckungshindernis gem. §§ 774, 775 ZPO hinsichtlich der von den Gläubigern geltend gemachten Ansprüche zu begründen.

### III.

Eine Kostenentscheidung ist nicht veranlasst. Der Anwendung der §§ 91 ff. ZPO steht entgegen, dass sich die Beteiligten bei der Zuschlagsbeschwerde in der Regel nicht als Parteien im Sinne der Zivilprozessordnung gegenüberstehen (BGH, Beschluss vom 14.07.2011, V ZB 25/11, NJW-RR 2011, 1434).

Die Festsetzung des Geschäftswerts beruht auf § 47 Abs. 1 S. 1, § 54 Abs. 2 S. 1 GKG.

Die Zulassung der Rechtsbeschwerde gem. § 574 ZPO war nicht veranlasst.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Ein Rechtsmittel gegen diesen Beschluss ist nicht gegeben. Die Entscheidung ist rechtskräftig.



Jäger



**Kassation und Abweisung** Beschlüsse u.Urteile im Zwangsversteigerungsverfahren v.21.01.2019  
**Anzeige** gegen das Gericht wegen "Strafvereitelung im Amt" u. "Schwerer Wirtschaftsverbrechen"  
in "kriminellen Bandum"

=====

Hiermit wird der so genannten "Beschluss" von 08.04.2019 als Akt einer kriminellen betrügerischen Handlung ihrer Einrichtungen zurückgewiesen.

1.

**Die behauptete Forderung von 1.081,98 Euro der Stadt Menden war bereits belegt durch Zahlung mit Quittung über 1.081,98 Euro unter Zwang erfolgt.**

Die der Zwangsversteigerung zugrunde gelegte Forderung Grundsteuer EXISTIERTE NICHT, diese Forderungen waren durch ZAHLUNG UNTER ZWANG BELEGT BEGLICHEN !!

2.

**Die behauptete Forderung der Deutschen Bank von war ebenfalls bereits mit Quittung des Käufers der insolventen Deutschen Bank ausgeglichen, die Urkunden darüber lagen dem Gericht zugestellt vor.** Der im Termin vom 21.01.2019 anwesende Rechtsanwalt war NACH EIGENEM BEKUNDEN NICHT der Vertreter der DeutschenBank sondern Vertreter der aus dem Insolvenzbetrug hervorgegangenen DeutschenBank24 .

3.

**Dem Gericht sowie dem Grundbuchamt zugestellte Urkunden der Staatsbank und der LIE Bank wurden vorsätzlich vom Gericht NICHT zur Kenntnis genommen und unterschlagen.**

Die Sicherungsurkunde der Staatsbank über das Grundstück, aus weiteren Urkunden der LIE Bank und Staatsbank geht zweifelsfrei hervor, dass sich die Deutsche Bank als Schuldner der Staatsbank seit 2016 im Insolvenzverfahren und seit 2017 in Insolvenzverwertung befindet, das die insolvente Deutsche Bank seit 2018 nach Japan verkauft ist.

4.

**Das Grundstück wurde durch Übertragung ins Eigentum des Volkes in das Vermögen der Staatsbank übernommen, dieses ist beurkundet und wird unterschlagen.**

5.

**Das bandenmäßige Zusammenwirken von Bürgermeister Menden, der Gerichte AG und LG Menden u.Arnsberg u.deren Staatsanwaltschaften, G.-vollziehern, Arbeitsamt u.Polizei zielt koordiniert auf die Existenz-vernichtung um die VORLIEGENDE INSOLVENZ der BRD GmbH und die EXISTENZ der Staatsbank als deren Gläubiger in der Öffentlichkeit zu verheimlichen.**

Durch Vorlage von Beweisen, Urkunden und Beschlüsse waren die hochgradig kriminellen Handlungen und Wirtschaftsverbrechen den Beteiligten bekannt.

**Das Gericht hat danach offensichtlich VORSÄTZLICH das Recht gebeugt und hat sich schuldig gemacht der schweren Straftat der STAFVEREITELUNG IM AMT und handelt selbst hochgradig kriminell.**

**Es liegen schwerste bandenmäßige Wirtschaftsverbrechen vor, die bereits mit Strafverfahren beim Generalstaatsanwalt Frankfurt/Main anhängig sind (Aktenzeichen : 7683 JS 213298/19). Schwere Kapital- und Insolvenzverbrechen im Gläubigerschutz bei Kapital der Deutschen Bank24 sowie Insolvenzverbrechen der BRD Finanzagentur GmbH, der EU GbR, der ehemaligen abgewickelten Deutsche Bank und KfW Group.**

**Dabei handelt es sich um schwere Staatsverbrechen gegen Gesetz und den Gesetzgeber.**

**Durch Beschluss und KASSATION des Obersten Gerichtes ZPKK wurden die Beschlüsse der beteiligten kriminell handelnden Gerichte aufgehoben.**



ZENTRAL - BANK  
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK  
DDM SYSTEM

VIA??FAX

**VOLKS KAMMER**  
10 - Republic - 21  
- Deutschland -  
GBI IS 125

Gemälde der DDR, Entwerfer: 15. 000 Berlin (1940-1941)  
Berlin, den 12.03.2018

FRANZÖSISCHE STRASSE 31  
1000 BERLIN  
KG-1217-01  
SWIFFCODE CBDMDEXXX

TEL: 030-123456 (VORB. 1)  
FAX: 030-123457 (VORB. 1)  
MAIL: ddrzb@aol.de

Email: [volkskammer.staatsrat@aol.com](mailto:volkskammer.staatsrat@aol.com)

**Beschluss der Staatsbank vom 11.03.2018 - URKUNDE : 2504/18-12**

Entsprechend der Verfassung der DDR - "Deutschland" - vom 6. April 1968 erlässt die Staatsbank nach gesetzlichen Vorgaben, vom 19. Dez. 1974 letztlich nach GSB Nr. 02 / 2018 vom 28. Februar 2018 folgenden Beschluss zur Sicherung von Wohnrecht und Wohneigentum gem. Paragr. 6 Abs. 4 und Paragraph 17 Abs. 2 Sicherheiten in öffentlicher gesiegelten Urkunde, sie gewährleistet die Deckung der Schulden bzw. Kredite auf das bezogene Grundbuch:

Gemarkung: Grundbuchbezirk Haltingen 712  
Kreis - Amts: Menden 58706 DB Nr. HA - 712-9  
Flur / Flurst.: Haltingen Flur 7 Flurstück 799  
Eigentümer: Katharina Blum geb. Polapam 31.7.1969  
Nutzer/Fam.: Katharina Blum geb. Polap  
Belastung: ca. 101.600,00 € Datum: 25.4.2018  
Gesamtwert: 215.000,00 € aktuell: 1.8.2013  
Antragsteller: Katharina Blum Fam.: Verwitwet  
Mitbewohner: \_\_\_\_\_ Fam. Stellung: \_\_\_\_\_

Menden, Datum: 25.4.2018 Unterschrift zu 1. K. Blum

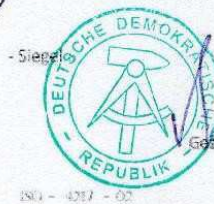
Eingang: 25.04.2018 Unterschrift zu 2. \_\_\_\_\_

Regist.Nr. \_\_\_\_\_  
Staatsbank 2504/18-12

Sicherheitsbetrag:

EUR: 215.000,-

AUSSENSTELLE  
MANAO



Gen. Präsident der Staatsbank Deutschland

BRN 4217-02





**LIE - BANK**

**Lao Import-Export Bank**

Vientiane, den 25.04.2018

Vientiane Capital LAO - P.D.R.

Swift / BIC: LEXBLALAXXX

Email: [info@laoimport-exportbank.com](mailto:info@laoimport-exportbank.com)

[lie.indochina@gmail.com](mailto:lie.indochina@gmail.com)

**Amtsgericht Menden**

**Zwangsversteigerungen** Email: [Poststelle@AG-Menden.nrw.de](mailto:Poststelle@AG-Menden.nrw.de)

**58706 MENDEN**

**Betr.: 002 K 029/17 Menden, BB 712 Haltingen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind Käufer der Deutschen Bank, aus der Insolvenz vom 28.11.16 bis 31.12.2017 wegen Kreditausfall und Zahlungsausfall in Höhe von ca. 40 Mrd EUR.

Hier verweisen wir auf die Akte HRB 30000 des AG Frankfurt und den Vertrag des Konkursverwalters in Hong Kong.

Inzwischen wurden uns von der Staatsbank uns 215.000,- EUR angewiesen, sodass wir die Schuld auf Null setzen und die Schuldurkunde (Staatshaftung) der Zentralbank Deutschlands anerkennen.

**Die Deutsche Bank erhebt keine Forderungen** – es handelt es sich um eine illegale, nicht in Deutschland registrierte Bank gem. der Auskunft der Zentralbank die einer KfW Group des Privatunternehmers Schäuble angehört.

Eine weitere Rückfrage zur KfW beim ESM hat ergeben, dass diese unter BRD - EU Tätigkeiten unter HRB Null ausführten – die einen BRD Staat und eine EU – GbR vor – täuschen und seit der Gründung - NIE GESCHÄFTSFÄHIG waren, wegen fehlenden Grundkapital besteht seit 1.11.2016 auch hier ein Insolvenzsantrag (ca. 23,3 Bill. EUR).

**Wir erwarten die sofortige Einstellung der vorgetäuschten Forderungen der Deutschen Bank und deren Zwangsmassnahmen und erwarten – die kostenpflichtige Abweisung – des Antrages.** Die Staatsbank und auch die BIZ in Basel wird durch uns informiert!

Mit freundlichem Gruss

Setthana Sophakant  
President der LIE Bank



**LAO - IMPORT - EXPORT BANK**

345 Unit 19 Thong Kang Rd., Thaphalanxay Sisattanak

Vientiane, Capital Lao P.D.R.

P.S.: Wir sind als Kreditgeber für die ehemalige BRD GmbH und EU GbR bei der Bundesbank Frankfurt – EZB unter ID Nr. **DE 66 ZZZ 0000 2040728** registriert.

345/Unit 19 Thongkang Road Thaphalanxay Sisattanak Vientiane Lao P.D.R.  
Tel. +856-21 485104 - 6 Fax. +856-21 315013









FRANZÖSISCHE STRASSE 35  
1020 BERLIN  
ISO-4217-01  
SWIFTCODE CBDMDEXXX (VORB.)

TEL: 030-123456 (VORB.)  
FAX: 030-123457 (VORB.)  
MAIL: ddrzb@aol.de

Centralbank der DDR, Französische Str. 35, 1020 Berlin (Postanschrift - Alt)  
Berlin, den 13.04.2019

Email: [volkskammer.staatsrat@gmail.com](mailto:volkskammer.staatsrat@gmail.com)

Landgericht Arnberg, Az. I – 5 T 34/19

Fax : 02931 86 210

Staatsanwaltschaft Arnberg 262 Js 33/ 19

Fax : 02931 804 856

STAATSVERBRECHEN – BRD GmbH/Deutsche Bank–Faschismus: Urteil OG K 61-04/2018 Haftbefehle  
GSTA Frankfurt, Az. 7683 Js 213398/19 Wirtschafts- und Staatsverbrechen gegen Deutschlands u.a.

### Öffentliche Urkunde – Deutschland E DB – 1304/19 Enteignungsbeschluss

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sofort - Vollzug von schweren Kapital- und Insolvenzverbrechen im Gläubigerschutz bei Kapital und Insolvenzverbrechen der BRD GmbH-EU GbR, Deutsche Bank und KfW Group, HRB Null und Ihrer div. Abt. wie BRD/AG/LG e.c.t., sowie schwere Staatsverbrechen gegen Gesetzgeber und Staat der EU Faschistenorganisation unter Bezug von Völkermord und weltweiten Putschen und Kriegen, letztlich auch gegen den US Präsidenten, wird folgender Beschluss rechtskräftig erlassen:

**A) Entsprechend der Haftbefehle, wird den Mitgliedern der Stadtverwaltung Menden, der BRD GmbH Gerichte - Menden u. Arnberg der DB – Verwaltung (Bank 24), sowie Begünstigten Tatjana Ilie die Staatsbürgerschaft aberkannt, sie werden nach Tribunal Beschluss von Nürnberg, als Faschisten gem. Antrag auch zum US -Vorgang sofort ausgeliefert!**

**B) Verbunden mit den Entzug der Staatsbürgerschaft tritt eine volle Enteignung in Kraft – Titel zum schweren Raub.**

1. Die Staatsbank macht aus der Sicherheit und der bereits erlassenen Titel gem. Haftbefehl gegen die Bandenmitglieder insgesamt mehrere Beträge geltend, hier steht eine Gesamtstrafenbildung des OG auch in persönlicher Haftung an.
2. Wird zum Strafantrag der GSTA Frankfurt, **Wirtschaftsverbrechen der Deutschen Bank**, Az. 7683 Js 213298/19 und dem Diebstahl von 550 Mio EUR der o.g. Geschädigten unter Deutsche Bank 24 ermittelt, diese ist illegal und eine EU Erfindung!
3. Stellt der Käufer der Deutschen Bank gem. Bundesbank und ECB, Az. 2017/000 232 = 45.070.588.580,23 EUR gegenüber der EU die fehlenden Kreditgelder per 31.03.2019 in Fälligkeit plus 10 % vereinbarter Zinsen mit der KfW (Schäuble)!
4. Ist zur BRD GmbH und KfW Group dieser Bande, eine Fälligkeit per Insolvenz der BRD GmbH, HRB 51411 AG Frankfurt nach BBk-ECB, **MARKDEFXXX – ECBDEFEEUM von ca. 14 Bill.EUR** in Verbindlichkeit, seit 1.11. 2016 vollstreckbar.
5. Ergibt sich aus der Insolvenz der EU nach ESM vom 3.11.2016 eine Fälligkeit gegenüber der Staatsbank als Creditor und Gläubiger von insgesamt ca. 35 Bill. EUR. Dafür haften alle EU Mitgliedsländer nach ESM Titel und die Banken des Gesellschafters der BRD GmbH wie o.g.! So auch die Banden der Bundesländer von GmbH und Ihren illegalen Einrichtungen.

#### VOLLSTRECKBARE AUSFERTIGUNGEN - 1. bis 5. (Titel)

Nach BGH NJW 2010-2217 und ZVG Par.31 Rn 1-3 und auch 4-7 wird gem. ZPO Par. 765 nach Par.31 der ZVG für den Gläubiger als "Herr im Hause" keine weitere Gerichtsentscheidung erforderlich – sondern der Vollzug zu den Banden! Im übrigen sind Staatsurkunden nur durch einen zugelassenen Notar auf Antrag kündbar, das sollte auch ein vorgetäushtes GB Amt im Zuge der GBO wissen – **Es erwarten sie erhöhte Strafen als Vollstreckungsschuldner in Vollzug, da sie unter den Vorwand angeblicher Beamter sogar einen Staat vortäuschen und die Bürger plündern und terrorisieren!**

**- Der Der Vorgang wird von der ZPKK des Obersten Gerichtes abschliessend entschieden -**

**Geschädigte Staatsbürger haben volle Rechte auf Schadensersatz und Rückgaben – Urteile der GmbH sind ungültig!**

Es gilt deutsches Recht, der Verfassung und der Gesetzgeber, wie auch die Satzung der Staatsbank Deutschlands.

Mit freundlichem Gruss

F. Matschke

Präsident der Staatsbank

AUSSENSTELLE  
MANAO



Gläubiger: DDR - Deutschland

R. Ziesche

Minister & Volkskammer



sachlich richtig: ZPKK des OG

Sachbearb.

ACCOUNT - IBAN: 1021-33-222100  
BIC: CBDMDEXXX







VIA FAX

**ZENTRALBANK**  
**DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK**  
**DDM SYSTEM**



FRANZÖSISCHE STRASSE 35  
1020 BERLIN  
ISO-4217-01  
SWIFTCODE CBDMDXXX ( VORB. )

TE 030-123456 ( VORB. )  
FAX: 030-123457 ( VORB. )  
MAIL: ddrzb@aol.de

Centralbank der DDR, Französische Str. 35, 1020 Berlin ( Postandschrift -- Alt )  
Berlin , den 22.01.2019

Email : [volkskammer.staatsrat@gmail.com](mailto:volkskammer.staatsrat@gmail.com)

**Amtsgericht Menden** - Vorab Bescheid -

Fax : 02373 9592240

Grundbuchamt Menden ,

Email : [Poststelle@AG-Menden.nrw.de](mailto:Poststelle@AG-Menden.nrw.de)

**58706 MENDEN**

**Az. 002 K 029/17 BB 712 UR 2504/18 -13**

- **VOLLSTRECKBARE AUSFERTIGUNG** -

**Zustellung per Kurier und Fax ; Öffentliche Urkunde – Deutschland HB AG 001/03**

Sehr geehrte Damen und Herren , der ehemaligen **Abt. der BRD GmbH** und **II.Deutsche Bank der EU**, die Staatsbank Deutschlands handelt gem. der Vorgaben der BIS Basel und bestehenden Gesetzen Deutschlands sowie internationalen Abkommen für Zentralbanken !

- 1.) Auf **Antrag des Käufers / Eigentümer** der Deutschen Bank AG , LAO Import Export Trust Co.LTD - 14121 TOKYO , Japan – DE 07 ZZZ 0000 2123173 der Deutschen Bundesbank Frankfurt / Main , ECB - nach Ref. ID - CD 2017/ 000232 ( BIC : DEUTDEFFXXX ) werden wegen Diebstahl und Insolvenzbetrug ab 22.01.2019 in Sofort – Vollzug gesetzt : **44. 328.698.555,79 EUR ( 10 % VZK )** gegen alle Mitglieder der Bandengroup ( II.Deutsche Bank / AG Menden – Grundbuchamt ) gem. Nachweis . Dieser Haftungstitel beinhaltet die Vollstreckungen gegen alle Beteiligten bis zur Tilgung persönlich ! Die ZPKK des Obersten Gerichtes Deutschlands ermittelt gegen das gesamte Umfeld im Zuge der terroristischen Vereinigung ( Pusch gegen US Presidenten 2016 ) und beantragt Haftbefehl !
- 2.) Wird , wegen **Staatsverbrechen ,Siegelvergehen** und Verstoss gegen die **Grundbuchordnung in Verbindung mit schweren Raub** unter o.g. AZ einschl . Verkauf von gestohlenen Eigentum bis zum Käufer gegen alle Beteiligten ermittelt – hier liegen vorsätzliche Straftaten vor , was bekannt war . Gem. der Ordnungsstrafverfügung vom 17.01.2019 , Punkt 3 ergeht eine weitere Festsetzung in Höhe von 10.000.000 EUR , in Worten : Zehn Mill. EUR per 22.01.2019 ( 10 % VZK ) gem. Punkt 3. !

**Der Beschluss ist Rechtskräftig per 22.01.2019 es ergeht Haftbefehl wegen Staats – und Kriegs - Verbrechen**

Mit freundlichem Gruss

F. Matschke

Präsident der Staatsbank Deutschlands

AUSSENSTELLE:  
MANAO



R.Ziesche ,

Mitglied der Volkskammer

ISO - 4217 - 02



i.K.

ZPKK des OG



ACCOUNT- IBAN: 1021-33-222100  
BIC: CBDMDXXX





ZENTRALBANK  
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK  
DDM SYSTEM



FRANZÖSISCHE STRASSE 35  
1020 BERLIN  
ISO-4217-01  
SWIFTCODE CBDMDEXXX

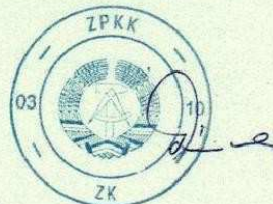
TEL: 030-123456 ( VORB. )  
FAX: 030-123457 ( VORB. )  
MAIL: ddrzb@aol.de

Zentralbank der DDR, Französische Str. 35, 1020 Berlin ( Postandschrift - Alt )  
Menden, den 2.01.2019

Grundbuchamt Menden

**58706 MENDEN**

BB 712 Gemarkung Halingen , UR 2504/18-12



**EINBRINGUNG / IMMOBILIEN Vertrag**

Die Eigentümerin Frau Katharina Marianne Blum , geb. Polap am 31. Juli 1969 in

Unterhessbach , Deutsch Staatsbürgerin , Fette Bruch Str.12 b , 58708 Menden

tritt ihre Rechte am Immobilienbesitz BB 712 , Gemarkung Halingen an den Staat

Deutsche Demokratische Republik „ DEUTSCHLAND “ ab.

Grundlagen ergeben sich aus der Grundschildbestellung o.g. Urkundenrolle der  
Staatsbank Deutschlands .

Der Staat vertreten durch die Staatsbank sichert der Vertragspartnerin einen  
Mietvertrag und ein Wohnrecht entsprechend den Mietrechten zu .

Gez. Berlin , den 10.01.2019

Eigentümerin :  
1. Vertragspartner

Erwerber : Staat  
2. Staatsbank

Zeugnis :  
3. Zeuge

Katharina M. Blum

Frank Matschke

Ralf Spranger

geschlossen u. Genehmigt : Staatsbank Deutschland

AUSSENSTELLE  
MANAO

ISO - 4217 - 02

ACCOUNT- IBAN: 1021-33-222100  
BIC: CBDMDEXXX





VIA??FAX



FRANZÖSISCHE STRASSE 35  
1020 BERLIN  
ISO-4217-QJ  
SWIFT CODE CBDMDXXXX (VORB.)

TEL: 030-123456 (VORB.)  
FAX: 030-123457 (VORB.)  
MAIL: ddrzb@aol.de

Centralbank der DDR, Französische Str. 35, 1020 Berlin (Postlandschrift - Alt)  
Berlin, den 27.02.2019

Email: [volkskammer.staatsrat@gmail.com](mailto:volkskammer.staatsrat@gmail.com)

**Amtsgericht Menden** Email: [postelle@AG-Menden.n.r.w.de](mailto:postelle@AG-Menden.n.r.w.de) Fax: 02373 9592240

z.Hd. Direktor, Vollstreckungsstelle, Grundbuchamt

**58706 MENDEN**

**Vollstreckbare Ausfertigung : OS/AG – 2504/18- 15**

Sehr geehrte Dame und Herren der BRD GmbH –

**Erlass Ordnungsstrafverfügung / Haftbefehl**

Die Staatsbank Deutschlands handelt gem. der Verfassung vom 6. April 1968 und des GSB zur Staatsbank vom 19. Dez. 1974, 6. März 1990 und 28. Juni 1990 in Order der Volkskammer gem. Par. 11 zur Herstellung staatlicher Ordnung im Besatzungsgebiet der BRD – GmbH / EU GbR Deutschland.

Auf Antrag der ZPKK des Obersten Gerichtes Deutschland wird gegen die illegalen Einrichtungen der am 28.11.2017 geschlossenen BRD GmbH gem. GVG Par. 15 und tätigen Banden von DB, Stadtverwaltung unter Amtsgericht Menden ein Ordnungs- und Strafverfahren eröffnet mit Haftbefehl.

Es ergeht folgender Beschluss: 1.) Präsident des AG Menden; Herr Martin Jung wird mit einer Ordnungsstrafe von **1.000.000,- EUR** in Worten: Einer Mill. EUR (10 % VZK) belegt.

2.) Weiterhin werden die Mitarbeiter(in) **Gramse** und **Sauer, Geitmann** auch mit einer persönlichen Ordnungsstrafe zur Verantwortung gezogen, in Höhe von **1.000.000,00 EUR** o.g. ! 3.) Ergeht an das Mitglied der Bandengroup der **Stadtverwaltung Frau Nowack** und an den angebl. zugelassenen **Rechtsanwalt Mario Eichten** eine **Ordnungsstrafe in Höhe von 500.000,- EUR** o.g. Details der VZK ! 4.) Die **ehemalige Deutsche Bank**, in Insolvenz 2017 liquidiert und in der Verwaltung einer japan. Firma angeblichen Vertreter der Schuldner, **Lumpp (6.02.)** wird mit als **Bandengroup der EU** mit einer Gesamtstrafe von **10 % der Schuldsumme = 4.500.000.000,00 EUR** in Worten: Vier Milliarden und Fünfhundert Millionen EUR in Verzug gesetzt, **Fälligkeit ist der 1.03.2019 für alle Täter**.

Begründung: Gem. GVG bestehen die Richter und Dienststellen nicht, sie haben wie der Rechtsanwalt keine Zulassungen in Deutschland. Sie arbeiten als Bande vorsätzlich gegen den Staat, Gesetze und auch gegen Gläubiger und Insolvenzrechte und ignorieren vom Gesetzgeber gesiegelte Dokumente. Trotz eindeutiger Vorlagen und Nachweise treten Sie als geschlossene Bande gegen Deutschland auf. Nach Vorgaben des OG der DDR wurde Haftbefehl beantragt, siehe **Akte: 002 K 029/ 17 u. BB 712**. Es wird Schadensersatz in Fälligkeit gestellt, gem. Antrag der Geschädigten.

Mit freundlichem Gruss

Gläubiger: DDR – Deutschland

Staatsbank Deutschlands gez. Präsident

gez. Volkskammer

AUSSENSTELLE:  
MANAO



ACCOUNT - IBAN: 1020-33-222100  
BIC: CBDMDXXX







Amtsgericht Menden - Postfach 2256 – 58682 Menden  
Abteilung 002

29.05.2019

Frau  
Katharina Blum  
Fette-Bruch-Straße 12 b  
58708 Menden

Aktenzeichen:

**002 K 029/17**

bei Antwort bitte angeben

Telefon: (02373) 9592-21

Telefax: 02373 959240

**Zwangsversteigerungsverfahren Katharina Blum**  
Teilungsplan (Gesamt)

**Anlage(n)**  
2 Schriftstücke

Sehr geehrte Frau Blum,

Sie erhalten den als Anlage beigefügten Teilungsplan und Protokoll zur Kenntnis.

Im Hinblick auf den von Ihnen mit Schreiben vom 21.05.2019 eingelegten Widerspruch wird auf folgendes hingewiesen:

Die Begündetheit des Widerspruchs ist vom zuständigen Prozessgericht zu prüfen und nicht vom Versteigerungsgericht.

Der Widerspruch ist mit einer Widerspruchsklage (§ 878 ZPO) zu verfolgen. Wenden Sie sich somit diesbezüglich an das zuständige Prozessgericht.

Der Teilungsplan wird ohne Rücksicht auf den Widerspruch durch Zahlung an den zunächst bestimmten Berechtigten ausgeführt, wenn die widersprechende Person nicht **binnen einer Frist von einem Monat** dem Vollstreckungsgericht nachgewiesen hat, dass diese gegen den (die) beteiligten Gläubiger Klage erhoben hat (§ 878 Abs. 1 S. 1 ZPO, § 115 Abs. 1 ZVG).

Dienstgebäude und

Lieferanschrift:

Heimkerweg 7

58706 Menden

Telefon 02373 9592-0

Internet:

[www.ag-menden.nrw.de](http://www.ag-menden.nrw.de)

Zwangsversteigerungen:

[www.zvg-portal.de](http://www.zvg-portal.de)

Konto der Gerichtskasse:

Postbank Dortmund

IBAN: DE87 4401 0046 000

20984 62

Sprechzeiten:

Mo. – Fr. 8:00 bis 12:00 Uhr

Mi. außerdem 13:30 bis 14:30 Uhr



Mit freundlichen Grüßen

Auf Anordnung

Sauer, S.

Justizbeschäftigte

(Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.)



002 K 029/17  
Katharina Blum  
**Teilungsplan (Gesamt)**

**A. Vorbemerkungen**

Erste Beschlagnahme: 14.12.2017  
Tag des Zuschlags: 21.01.2019  
Tag des Verteilungstermins: 28.05.2019  
Anmeldungen liegen vor von:  
Stadt Menden

**B. Bestehen gebliebene Rechte**  
keine

Einzelbeträge

Summen

**C. Teilungsmasse**

1.1	Bargebot:	159.000,00 €	
1.2	4% Zinsen aus 159.000,00 € vom 21.01.2019 bis 27.05.2019 (127 Tage)	2.243,67 €	161.243,67 €

**D. Schuldenmasse**

1.	Zentrale Zahlstelle Justiz § 109 ZVG, restliche Kosten		
1.1	Verfahrenskosten	4.199,18 €	4.199,18 €
2.	Stadt Menden, Finanzverwaltung, 1, öffentliche Lasten		
2.1	Hauptforderung	763,61 €	763,61 €
3.	DB Privat- und Firmenkundenbank AG III/3, Buchgrundschuld		
3.1	Kosten der dinglichen Rechtsverfolgung	103,50 €	
3.2	15% Zinsen aus 100.000,00 € vom 01.01.2015 bis 27.05.2019 (1587 Tage)	66.125,00 €	
3.3	Kapital / Hauptforderung	100.000,00 €	166.228,50 €

Auf eine weitere Berechnung der  
Schuldenmasse wird mangels entsprechender  
Teilungsmasse verzichtet.

**E. Zuteilung**

1.	Zentrale Zahlstelle Justiz, § 109 ZVG, restliche Kosten		
1.1	Anspruch D.1.1	4.199,18 €	4.199,18 €
2.	Stadt Menden, 1, öffentliche Lasten		
2.1	Anspruch D.2.1	763,61 €	763,61 €
3.	DB, III/3, Buchgrundschuld		
3.1	Anspruch D.3.1	103,50 €	
3.2	Anspruch D.3.2	66.125,00 €	



	Einzelbeträge	Summen
3.3 Anspruch D.3.3 Die Teilungsmasse ist erschöpft; auf die weiteren Ansprüche kann keine Zuteilung erfolgen.	90.052,38 €	156.280,88 €

Summe der zugeteilten Beträge:	161.243,67 €
--------------------------------	--------------

Menden, 28.05.2019

Spiekermann, Rechtspflegerin



**Nichtöffentliche Sitzung  
des Amtsgerichts**

Menden, 28.05.2019

Geschäfts-Nr.  
002 K 029/17

Gegenwärtig: Spiekermann, Rechtspflegerin

In dem Verfahren zur Zwangsversteigerung  
eines Grundstücks in Menden-Halingen

Grundbuchbezeichnung:

Grundbuch von Halingen Blatt 712  
Gemarkung Halingen Flur 7 Flurstück 799, Gebäude- und Freifläche, Fette-  
Bruch-Straße 12 b, 276 qm  
Eigentümer:  
Katharina Blum

erschien in dem heutigen Termin zur Verteilung des Versteigerungserlöses nach  
Aufruf der Sache:

- niemand -

Es wurde festgestellt, dass die Rechte III/3 und III/4 brieflos sind.

Sodann wurde der anliegende Teilungsplan verlesen.

Der Eingang von Frau Blum vom 21.05.2019 (Bl.336-345), welcher sich in der Akte  
befindet wird als Widerspruch gegen den Teilungsplan ausgelegt.

Das vorgenannte Schreiben wird so ausgedeutet, dass der Zuteilung an die Stadt  
Menden und an die DB Privat- und Geschäftskundenbank AG widersprochen wird.

Es wird festgestellt, dass das Vollstreckungsgericht lediglich prüft, ob der  
Widerspruch zulässig ist, d.h. von einem dazu Berechtigten erhoben ist.

Eine Prüfung der Begründetheit erfolgt nicht. Der Widerspruch ist mit einer  
Widerspruchsklage (§ 878 ZPO) zu verfolgen.



Der Eingang vom 21.05.2019, wird so gedeutet, dass der Zuteilungsbetrag an die Eigentümerin des betreffenden Grundbesitzes erfolgen soll, da laut Sachvortrag die entsprechenden Forderungen bereits beglichen wurden bzw. nicht bestehen würden.

Der Widerspruch ist zulässig.

Der Teilungsplan wird insoweit ergänzt, dass die Zuteilungsausführung erfolgt durch Hinterlegung:

Hinsichtlich des Betrages i.H.v. 763,61 € (E.2.)

- an die Stadt Menden, für den Fall, dass der Widerspruch unbegründet ist
- an Frau Katharina Blum, für den Fall, dass der Widerspruch begründet ist

Hinsichtlich des Betrages i.H.v. 156.280,88 € (E.3.)

- an die DB Privat- und Firmenkunden Bank AG, für den Fall, dass der Widerspruch unbegründet ist
- an Frau Katharina Blum, für den Fall, dass der Widerspruch begründet ist

Es wird festgestellt, dass der Teilungsplan ohne Rücksicht auf den Widerspruch durch Zahlung an den zunächst bestimmten Berechtigten ausgeführt wird, wenn die widersprechende Person nicht binnen einer Frist von einem Monat dem Vollstreckungsgericht nachgewiesen hat, dass diese gegen den (die) beteiligten Gläubiger Klage erhoben hat (§ 878 Abs.1 S.1 ZPO, § 115 Abs.1 ZVG).

Sonstige vom Teilungsplan abweichende Anmeldungen liegen nicht vor.

Gegen die formellen Inhalte des Teilungsplans kann binnen einer Frist von zwei Wochen ein Rechtsmittel eingelegt werden. Die Frist beginnt mit der Zustellung dieser Entscheidung. Das Rechtsmittel kann beim Amtsgericht eingelegt werden und muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass das statthafte Rechtsmittel gegen diese Entscheidung eingelegt werde. Das Rechtsmittel kann auch durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des Amtsgerichts eingelegt werden.

Der Ersterher hat heute insgesamt 161.243,67 € zu zahlen.

Nach Auskunft der Gerichtskasse wurden 161.243,67 € eingezahlt.

Damit ist die Zahlungsverpflichtung erfüllt.

Auf dem vorliegenden Vollstreckungstitel bezüglich des Rechts III/3 wird gemäß § 127 Abs. 2 ZVG **-für den Fall, dass der Widerspruch unbegründet ist-** vermerkt:



In dem Zwangsversteigerungsverfahren betreffend Katharina Blum (002 K 029/17) wurden der DB Privat- und Firmenkundenbank AG auf den durch diesen Vollstreckungstitel ausgewiesenen Anspruch folgende Beträge zugeteilt:

- |   |             |
|---|-------------|
| a. Kosten   | 103,50 €    |
| b. 15 % Zinsen von 100.000,00 €<br>für die Zeit vom 01.01.2015 bis 27.05.2019 | 66.125,00 € |
| c. Kapital  | 90.052,38 € |

Ausführung der Zuteilung:

Das Gericht wird die Auszahlung gemäß Teilungsplan veranlassen.

geschlossen:

Spiekermann

Beglaubigt



S. Sauer  
Justizbeschäftigte

